

## **Grossratssession Oktober 2015: Bericht der SP-See-Deputation**

**Weitere Gemeindefusionen:** Der Grosse Rat hat ohne Diskussion zwei weiteren Fusionen zugestimmt, beide im Broyebezirk. Die kleinste der fusionierenden Gemeinden umfasst heute 171 Einwohner. Die Vorteile einer Fusion sind offensichtlich, doch ist umgekehrt zu hoffen, dass in all diesen Gemeinden das Dorfleben weiter gepflegt und die Vorteile der Kleinräumigkeit bewusst wahrgenommen werden. Es würde auch viel verloren gehen, wenn der Einzelne seine Verantwortung für das grösser gewordene Gemeinwesen einfach fallen liesse.

**Keine Erhöhung des kantonalen Fusionsbeitrags:** Umgekehrt wurde eine Motion verworfen, die verlangte, den kantonalen Beitrag an Fusionen zu erhöhen. Die SP vertrat die Meinung, dass eine Änderung der Subvention nicht einfach während der Geltungsdauer des befristeten Gesetzes über die Förderung von Gemeindezusammenschlüssen erfolgen dürfe, was zudem ungerecht gegenüber den Gemeinden wäre, die unter diesem Gesetz fusioniert haben. Scheitert eine Fusion, liegt der Grund selten bei den Finanzen.

**Förderung von Fahrgemeinschaften:** Der Grosse Rat fordert vom Staatsrat mittels eines Auftrags, in der Nähe von Autobahnanschlüssen Parkplätze für Fahrgemeinschaften zu schaffen. Es stimmt, dass Fahrgemeinschaften unter vielen Aspekten Vorteile bieten, sei es nur schon für die Umwelt. Nach Auffassung der SP sind solche Fahrgemeinschaften jedoch ausschliesslich auf jene Standorte zu beschränken, die vom öffentlichen Verkehr (ÖV) abgeschnitten sind. Die Gemeinden haben nämlich in den letzten Jahren massiv in neue und leistungsstarke Verbindungen des ÖV wie auch in Park&Ride-Systeme investiert. Heute ist es weitgehend möglich, auf effiziente Art und Weise mit dem ÖV zu pendeln. Mit der Erklärung, dass von der öffentlichen Hand subventionierte Fahrgemeinschaften subsidiär und marginal bleiben müssen, unterstützte die SP den Antrag.

**Wahlgeplänkel:** Die blank liegenden Nerven in der Woche vor den eidg. Wahlen hätten sich nicht offensichtlicher manifestieren können. Kandidaten sich an einem Wahlpodium während lieferten sich ein deftiges Wortgefecht. Eine SP-Motion verlangte die Vereinfachung der Regeln für die Benützung des öffentlichen Raums. Heute muss man 60 Tage vor einem Anlass um eine Bewilligung ersuchen, während in der Zeit der Social Medias eine Versammlung innert weniger Stunden organisiert werden kann. In solchen Fällen ist es dem Gemeinwesen kaum möglich, für die Sicherheit zu garantieren. Die aktuellen Regelungen sind solchen Situationen längst nicht mehr angepasst. Die (männlichen) Redner steigerten sich zunehmend in ihrem verbalen Ausdruck, um vielmehr den politischen Gegner (im Wahlkampf) als den Vorstoss der SP zu attackieren. Der Vorstoss wurde abgelehnt. Danach durfte sich der Beobachter/die Beobachterin mit gutem Grund die Frage stellen, ob es jetzt wirklich um die Sache gegangen sei. Wäre der Vorstoss zu einem anderen Zeitpunkt behandelt worden, wäre er mit Sicherheit gutgeheissen worden.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer